

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: 888848 pphn d
Telefax: 9 1520-12



Inhalt

Hans Wallow MdB zu Deutschlands künftiger Aufgabe in der Welt: Ein helfendes Volk wollen wir sein.

Seite 1

Manfred Reimann MdB zur Resolution der Leitenden Angestellten der BASF: Eine CO²-Abgabe als "maßlose Strangulierung"?

Seite 3

Dokumentation

Die deutschen Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß sowie für Demokratie und Toleranz ausgesprochen. Wortlaut des Aufrufes

Seite 5

48. Jahrgang / 7

12. Januar 1993

Ein helfendes Volk wollen wir sein Zu Deutschlands zukünftiger Aufgabe in der Welt

Von Hans Wallow MdB

Die Bilder der Toten und Verletzten in Bosnien-Herzegowina rufen Emotionen und Mitleid hervor. Aber sind Bombardierungen, wie sie der CDU-Bundestagsabgeordnete Stefan Schwarz fordert, ein wirksames Mittel, um das Grauen zu beenden? In einem Krieg ohne klare Frontlinie werden dadurch eher noch mehr Menschen sterben. Wer kann da schon der Versuchung widerstehen, nicht an die simple Lösung der Gewaltanwendung für die komplizierten ethnischen Probleme zu glauben? Aber der Charakter heutiger, vergangener und erkennbarer zukünftiger Regionalkriege bleibt außerhalb der nüchternen Analyse - als sei die Unbrauchbarkeit militärischer Gewalt für politische Problemlösungen in Vietnam, in Afghanistan oder im Libanon nicht schon früher bewiesen worden. Kanonen und Bomben sind die unwirksamste Antwort auf das Steinzeitbewußtsein fanatischer Bürgerkrieger. Das systematische Austrocknen der Nachschubwege einschließlich Sanktionen gegenüber Embargobrechern kombiniert mit Verhandlungen der UNO sind die humaneren und erfolgreichen Mittel. Alle, die eine wirksame Landblockade bisher verhinderten, machen sich mitschuldig.

Seit 1949 hat die Welt 176 Kriege mit über zwanzig Millionen von Toten, Verletzten und nicht mehr bezifferbarer Zerstörung erlitten. Von 1945 in Griechenland bis heute in Jugoslawien waren davon über zwei Drittel Bürgerkriege mit letztlich ethnisch und sozialen Ursachen. Wer sind in Bürgerkriegen die "Guten", auf deren Seite sich die UNO-Kampfeinheiten schlagen sollten, wer die "Schlechten", gegen die zu kämpfen ist? Das Denken der Sicherheitspolitiker kreist heute unaufhörlich um den Golfkrieg. Dieser erste Rohstoffkonflikt war aber die Ausnahme, die den Blick für eine solide Lagebeurteilung verstellte. Hier wurde nicht einmal die versprochene Demokratisierung Kuwaits erreicht. Auf welcher Seite soll die Bundeswehr zukünftig stehen, wenn der offene Bürgerkrieg in Algerien zwischen den Wahlsiegern der islamischen Heilsfront und der diktatorisch regierenden Armee ausbricht? Die vom algerischen Erdöl und Erdgas abhängigen Staaten werden dabei mit Sicherheit nicht zuschauen. Steht die Bundeswehr auf der Seite der Wahlgewinner oder in der

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408.

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortlich: Rudolf Schwinn
alle weiteren Rückfragen
Kreuztipp-Partner



Front der ökonomischen Interessen? Was haben die tonnenschweren Granaten der sechsten US-Flotte im Libanon außer Tod, Zerstörung und grenzenlosem Haß erreicht? Warum mußten die britischen, französischen, italienischen und amerikanischen Truppen aus dem Inferno von Beirut unverrichteter Dinge wieder abziehen? Daß Außenminister Kinkel offensichtlich den Komplex hat, ohne zukünftige Kampfeinsätze Außenpolitik betreiben zu müssen, ersetzt noch keine Analyse der Konflikte und möglicher Lösungsansätze.

Militärische Interventionen sind fast immer die Folgen politischen Versagens. Auch die viel zu späten, die Hungerhilfe absichernden Einsätze in Somalia sind ein Ergebnis der "double Moral Standards" der herrschenden Außenpolitik. Es waren doch zu neunzig Prozent die als ständige Mitglieder im UNO-Sicherheitsrat vertretenen Staaten, die das arme Entwicklungsland Somalia mit Waffen vollgepumpt haben. Mit Humanität und neuer Weltordnung hat das alles nichts zu tun. Denn die kann erst wirklich praktisch umgesetzt werden, wenn die Waffenproduktion rapide gesenkt und der internationale Waffenhandel gestoppt wird. Hierbei kann die Bundesregierung unsere größere Weltbedeutung unter Beweis stellen indem sie dazu beiträgt, bei uns die Produktion und den Waffenexport zu erschweren. Der Bundesgesundheitsminister fordert höhere Steuern auf gesundheitsschädigende Genussmittel. Eine Exportsteuer auf lebensvernichtende Waffen deutscher Produktion wäre eine der ehrlichsten friedenserhaltenden Antworten an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros-Ghali, auf die Frage nach mehr Weltverantwortung der Bundesrepublik Deutschland.

Die deutsche Vergangenheit produktiv verarbeiten

So souverän sind wir jetzt, daß es uns nicht erlaubt sein soll, unsere eigenen Erfahrungen mit militärischer Gewaltanwendung in die Völkergemeinschaft einzubringen. Dabei geht es nicht um Nationalmasochismus, sondern um ein neues Selbstbewußtsein basierend auf der produktiven Verarbeitung der deutschen Vergangenheit. Die Welt kennt durch immer genauere Radioteleskope mittlerweile das Innere einer Galaxis, aber weiß nur sehr wenig über die gesetzmäßige Entwicklung von Spannungen und Kriegen. Deutschland, das anders als die USA oder England die Erfahrungen der totalen Zerstörung auf eigenem Territorium erlitten hat, kann seinen Weltbeitrag viel besser mit gewaltfreien Demokratisierungsstrategien als durch Kriegseinsätze leisten. Demokratisierungshilfe ist zum Beispiel in Liberia, Kambodscha, Afghanistan, Mosambique oder im Kaukasus in dieser Form präventive Konfliktlösungspolitik.

Normalisierung heißt nicht blinde Anpassung an andere, sondern die eigenen Erfahrungen zur Grundlage des zukünftigen politischen Handelns zu machen. Dazu gehört die Erinnerung an die zwei Weltkriege, den Holocaust und die Anpassung in der kommunistischen Erziehungsdictatur. Die schreckliche Vergangenheit hat unserem Land die Chance zu einer zivilen, auf sozialen Ausgleich angelegten "Weltinnenpolitik" eröffnet. Das ist kein "Sonderweg" sondern zukunftsorientierte Realpolitik. Die Befürworter von unbegrenzten Kampfeinsätzen der Bundeswehr im Rahmen der UNO wollen Deutschland nicht dem "Provinzialismus" verhaftet sehen. Im Klartext: Ohne das außenpolitische Instrument der militärischen Optionsmöglichkeit empfindet man sich als Industrieland zweiter Wahl.

Dahinter verbirgt sich der überholte nationalstaatliche Stärkekult des 19. Jahrhunderts. Die Souveränität von der Erteilung des weltweiten Schießbefehls abhängig zu machen, ist Ausdruck einer beamtenhaften Außenpolitik von vorgestern. Die politische konservative Elite steht damit gegen eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Während selbst keine Blauhelmeinsätze mehrheitlich akzeptiert sind, sprechen sich nur 15 Prozent für Kampfeinsätze der Bundeswehr auch im Rahmen der UNO aus. Die Ergebnisse bewiesen zumindest die Notwendigkeit einer breiten gesellschaftlichen Diskussion. Ohne einen gesellschaftlichen Konsensus darf sich auch der Deutsche Bundestag nicht in eine Verfassungsänderung zum Bundeswehreinsatz hetzen lassen, mit der über Tod und Leben auch seiner Staatsbürger entschieden werden kann.

Gegen die Platitüde der "Normalisierer" muß endlich die Zweckmäßigkeit von weltweiter Gewaltanwendung in die Diskussion gebracht werden. Da es dazu offenbar Außenminister Kinkel und Verteidigungsminister Rühe an Tapferkeit vor den Freunden fehlt, kann der Widerstand gegen die Aufgabe des bisherigen gesellschaftlichen Konsensus über die Selbstverteidigung nur von unten kommen.

Die Ablehnung von Kriegseinsätzen bedeutet keine Drückebergerei vor der Übernahme von mehr Weltverantwortung. Statt den prestigeträchtigen und medienwirksamen Kampfeinsätzen nachzulaufen, sollte die deutsche Regierung sich auf die Bekämpfung der neuen Menschheitsbedrohungen konzentrieren. Das sind durch ökologische Fehlentwicklungen verursachte Hungersnöte, durch Klimaveränderungen ausgelöste Überschwemmungen, Armutswanderungen, Umweltschäden durch Tankerunfälle, Natur- und Industriekatastrophen. Daraus ergäbe sich in der Konsequenz die Einrichtung eines wirksamen Friedenskorpas unter Beteiligung der Bundeswehr, das den europäischen Institutionen und der UNO als Umwelt- und Katastrophenhilfswerk zur Verfügung gestellt werden könnte.

Die Friedens- und Konfliktforschung verfügt längst über die Erkenntnisse, die eine Deeskalation von Spannungszuständen ermöglichen. Die zwanzig Millionen Kriegsoffer seit 1945 schreien danach, daß dieses Wissen endlich in der Außenpolitik umgesetzt wird. Auch mit einer modernen Hilfskonvention, die Optionen der militärisch beschützten Hilfe einschließt, und der Forderung nach dem Aufbau einer internationalen Justiz einschließlich einer freiwilligen Weltpolizeitruppe der UNO, kann Deutschland mehr Weltverantwortung praktizieren. Unser Konzept muß das eines helfenden Volkes sein.

(-/12. Januar 1993/rs/ks)

Elne CO²-Abgabe als "maßlose Strangulierung"? Zur Resolution der Leitenden Angestellten der BASF

Von Manfred Reimann MdB
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die fetten Jahre sind nun auch in Deutschland vorbei, es geht bergab mit der Konjunktur. Dies bereitet uns allen große Sorgen, mit Recht! Mit mehr oder weniger Tatkraft, Ideen und Engagement versuchen heute viele Menschen, einzeln oder in Gruppen oder in den verschiedensten Organisationsformen, einen Gegenkurs zu steuern, positiv zu denken und Positives zu tun, damit es wieder aufwärts geht. Häufig wenden sie sich mit ihren Resolutionen an mich in meiner Funktion als ihr Abgeordneter und verbinden damit die Bitte, ihr Anliegen zu unterstützen und in der Politik dafür den Weg zu bereiten. Ich freue mich über solches Engagement und entspreche solchen Bitten gern, wenn ich eine vernünftige Möglichkeit zum Helfen sehe.

Manchmal aber, und das macht mir auf einer anderen Ebene Sorgen, möchte man sich an den Kopf fassen und es nicht für möglich halten, wie solche Anliegen begründet werden. Das jüngste Beispiel dieser Art ist die Resolution der Leitenden Angestellten der BASF vom Dezember 1992.

Unter der Überschrift "Handeln Sie bitte sofort" wird darin eine kurze Bestandsaufnahme der Misere in der BASF gegeben:

- daß es Ende 1993 aufgrund des Stellenabbaus im Vergleich zu 1990 ca. 12% weniger Mitarbeiter geben wird;
- daß zahlreiche Arbeitsgebiete aufgegeben oder zumindest eingeschränkt werden müssen;
- daß erfahrene Mitarbeiter vorzeitig in den Ruhestand geschickt werden;

- daß selbst gut ausgebildete Jugendliche nach Abschluß der Ausbildung nicht übernommen werden und als Konsequenz die Ausbildungsangebote eingeschränkt werden;
- daß die zunehmende Perspektivlosigkeit für die junge Generation massiven sozialen Sprengstoff birgt
- und nicht zuletzt, daß aufgrund der Bedeutung der BASF als einer der ganz großen Arbeitgeber dieser Region die vorgenannten Faktoren einen nicht zu unterschätzenden Multiplikatoreffekt beinhalten.

Die aufgeführten Punkte sind in der Tat alarmierend und nach meinem Verständnis auch durchaus zutreffend - aber die daran anschließende Auflistung der Ursachen erschreckt mich und provoziert mich zu erheblich mehr als einem bloßen Kopfschütteln. Als Ursachen werden Überregulierungen in vielen Bereichen genannt, eine 'Strangulierung der Forschung durch administrative Maßnahmen (Beispiel Gentechnik)', der 'Exodus junger Forscher', die immer höheren Aufwendungen für den Umweltschutz (mit angeblich immer geringerem Effekt!), die Länge der Genehmigungsverfahren und noch einige andere mehr.

Sicherlich ist vieles, in manchen Bereichen wohl auch allzu vieles in Deutschland reglementiert. Aber wie stellen sich die Verfasser der Resolution die Zukunft unseres Planeten vor, wenn sie eine CO²-Abgabe als maßlose Strangulierung bezeichnen? Schließlich soll diese Steuer nicht aus purer Geldgier der Regierung erhoben werden, obwohl wir alle wissen, wie sehr diese Regierung darauf angewiesen ist, neue Geldquellen zu erschließen, weil sie mit den vorhandenen einen Raubbau sondergleichen treibt. Nein, diese zur Diskussion stehende neue Abgabe soll ganz konkret u.a. dazu dienen, die Auswirkungen der heute schier grenzenlos machbaren Technik zum Wohle unserer Umwelt zu begrenzen. Welche Schadstoffberge sollen denn noch aufgehäuft, welche Löcher in der Atmosphäre noch aufgerissen werden als Erbe für die nachfolgenden Generationen? Gesehen den Fall, die Effekte im Umweltschutz würden tatsächlich trotz immer höherer Aufwendungen immer weniger - meiner Meinung nach sollte trotzdem und erst recht alles dafür getan und keine einzige Maßnahme außer acht gelassen werden. Was nützt unseren Kindern ein Arbeitsplatz, wenn er nur mit einer Gasmasken erreicht werden kann?

Die leitenden Angestellten der BASF müssen sich wirklich fragen lassen, wo bei all der Kritik die Selbstkritik bleibt! Oder muß man sich in dieser Position für nichts mehr verantwortlich fühlen? Kann man sich nach Erreichen eines bestimmten beruflichen Levels wirklich, so wie es die Leitenden der BASF hier getan haben, auf die Auflistung äußerer Ursachen beschränken und daran anschließend seine Forderungen stellen?

Liegt es denn etwa an den Belegschaften, daß Deutschland seinen Vorsprung z.B. in der Automobilindustrie oder in der Fotoindustrie oder auf dem Gebiet der Elektrotechnik an Japan abgeben mußte? Hier liegt die Verantwortung doch wohl nicht bei den Mitarbeitern in der Produktion, sondern unbestreitbar beim Management, und dazu zählen nach meinem Verständnis die leitenden Angestellten!

Auch die Klage über die fehlenden Berufsaussichten in der Chemie für die Universitätsabsolventen macht mich ärgerlich. Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß dafür bereits heute die Politik verantwortlich gemacht werden soll! Schließlich gibt es auch in der beruflichen Lebensplanung so etwas wie Eigenverantwortlichkeit, und gerade Akademikern sollte man dergestalt ein Mitdenken abverlangen können, sich nicht am Bedarf vorbei im Elfenbeinturm der Wissenschaften ausbilden zu lassen.

Um unserer Wirtschaft zu neuem Auftrieb zu verhelfen, muß gespart werden, darüber sind sich alle Experten (endlich einmal) einig. Aber wenn das Sparen überwiegend bei denen stattfindet, die von

vornherein wenig haben und am Rande dieser reichen Gesellschaft mit dem Lebensnotwendigsten existieren, wenn vom (dringend erforderlichen) Subventionsabbau höchstens hinter vorgehaltener Hand geredet wird, nach dem Motto "schlafende Hunde sollte man besser nicht wecken", wenn mit jeder neuen Tarifrundenerhöhung gleich die Wettbewerbsfähigkeit und der Wirtschaftsstandort Deutschland in Frage gestellt werden, dann vermisse ich an dieser Stelle ganz besonders den Hinweis darauf, daß sich die Klasse der leitenden Angestellten im Vergleich zur übrigen Bevölkerung um das 10-fache vergrößert hat - immer mehr Häuptlinge für immer weniger Indianer! Hinzu kommt, daß sich eben diese Klientel überproportional "bedient" hat - im Laufe der letzten 10 Jahre haben sich hier die Gehälter annähernd verdoppelt!

Alles in allem bin ich von dieser Resolution gleichermaßen enttäuscht und verärgert. Etwas mehr Augenmaß bei der Schuldzuweisung und Realitätsnähe bei den Forderungen an die Politik hatte ich von diesen doch sicherlich hochqualifizierten Leitenden erwartet!

(-/12. Januar 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß

Die deutschen Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß sowie für Demokratie und Toleranz ausgesprochen. Unterzeichnet haben die am Montag in Düsseldorf veröffentlichte Stellungnahme neben dem DGB und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Bundesregierung. Der Text der gemeinsamen Erklärung im Wortlaut:

Gewerkschaften und Arbeitgeber beziehen gemeinsam Position: Gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß - für Demokratie und Toleranz.

Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß drohen das Klima in unserem Land zu vergiften. Antisemitismus reißt Wunden der Vergangenheit auf. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger werden bedroht, wehrlose Menschen Opfer terroristischer Gewalttäter. Das gefährdet den inneren Frieden, das Ansehen unseres Landes, unserer Wirtschaft und letztlich auch Arbeitsplätze.

Der demokratische Rechtsstaat, aber auch jeder einzelne von uns ist gefordert, der Gewalt und dem Haß Einhalt zu gebieten.

Seit Jahrzehnten arbeiten Menschen unterschiedlicher Nationalität, Kultur und Sprache mit deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Betrieben und Verwaltungen zusammen. Wir wollen, daß dies so bleibt.

Wir treten gemeinsam für Freiheit und Demokratie, Humanität und Toleranz ein.

Es geht um unsere Zukunft. ...

Darüber hinaus hat der DGB seine Mitglieder aufgefordert: Aktivitäten gegen Ausländerfeindlichkeit fortsetzen und verstärken: am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, in der Freizeit, im Verein, wo immer und wann immer dazu Gelegenheit und Veranlassung besteht.

- o Geben wir unseren ausländischen Kolleginnen und Kollegen genauso wie bisher das Gefühl, daß sie persönlich willkommen sind, daß wir ihre Solidarität und ihre Leistung schätzen.
- o Traten wir ausländerfeindlichen Parolen mutig entgegen. Machen wir den Hetzern klar, daß sie die Außenseiter sind - und nicht die Ausländer.
- o Ergreifen wir Partei! Machen wir mit bei Aktionen, die das Zusammenleben von deutschen und Ausländern fördern.

Acht gute Gründe für Solidarität mit Ausländern:

1. Ausländer nehmen keine Arbeitsplätze weg!

Viele meinen: ohne Ausländer gibt es weniger Arbeitslose, Ausländer blockieren Arbeits- und Ausbildungsplätze. Sie fordern: Ausländer entlassen, die frei werdenden Stellen mit Deutschen besetzen. Das ist eine Milchmädchenrechnung. Die fast zwei Millionen ausländischen Beschäftigten und die über 100.000 jungen Ausländer, die eine Lehre machen, sind fest in den Arbeitsprozeß eingebunden und nicht beliebig zu ersetzen. Viele Ausländer üben Tätigkeiten aus, die mit schwerer, körperlicher Arbeit verbunden sind. Sind zu diesen Arbeiten Deutsche immer bereit?

2. Ausländer schaffen Arbeitsplätze!

Fast 200.000 in Deutschland lebende Ausländer haben sich selbständig gemacht. Jeder dieser Unternehmer schafft im Durchschnitt drei bis vier Arbeitsplätze - auch für Deutsche.

3. Ausländer investieren in Deutschland!

Ausländische Unternehmen haben 140 Milliarden DM in Tochterfirmen in Deutschland investiert. In über 3.000 Industriebetrieben beschäftigen sie über eine Million Mitarbeiter.

4. Ausländer steigern das Bruttosozialprodukt!

Ausländische Arbeitnehmer und Unternehmer erarbeiten fast zehn Prozent unserer Wirtschaftsleistung - jährlich etwa 200 Milliarden DM. Ohne diese Leistung wäre Deutschland ärmer.

5. Ausländer geben ihr Geld in Deutschland aus!

Die in Deutschland lebenden Ausländer geben fast alles, was die bei uns verdienen, auch bei uns aus. Damit stützen sie unsere Konjunktur und erhalten Arbeitsplätze. Nur ein kleiner Teil des Einkommens wird in die Heimat überwiesen.

6. Ausländer zahlen Steuern!

Ausländer zahlen 90 Milliarden DM Steuern und Sozialabgaben. Mit diesem Geld finanzieren sie alle öffentlichen Leistungen und Aufgaben mit, vom Kindergarten bis zur Bundeswehr.

7. Ausländer finanzieren ihre Sozialleistungen selbst!

Krankengeld, Arbeitslosengeld und Rente bekommen auch Ausländer nur dann, wenn sie vorher Beiträge gezahlt haben. Bei der Rentenversicherung zahlen sie sogar zur Zeit wesentlich mehr ein, als sie herausbekommen. Sie sichern damit auch unsere Renten.

8. Ausländer sind unsere Wirtschaftspartner!

In der deutschen Wirtschaft hängt jeder zweite Arbeitsplatz vom Export ab. Dem Export verdankt Deutschland Wachstum und Wohlstand.

(-/12. Januar 1993/rs/ks)
